

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

AfD

Betreff

Extremismus des Politischen Islam in Stuttgart: Handlungsbedarf auf allen Ebenen

Wir beantragen:

Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat zeitnah zu folgenden Fragen:

1. Wie viele registrierte islamistische Akteure gibt es in Stuttgart? Wie hoch wird die Dunkelziffer (Schläfer) eingeschätzt?
2. Welche Maßnahmen ergreifen Stadtverwaltung und Polizei, um Straftaten durch islamistische Gewalttäter zu verhindern, wie z.B. die Anschläge von Magdeburg, Mannheim oder Solingen?
3. Wie schätzen Stadtverwaltung und Polizei islamistische Gruppierungen oder Strukturen in Stuttgart ein? Gibt es bekannte Treffpunkte, Veranstaltungen oder Organisationen (Im November 2023 wurde bei einer Razzia ein Objekt durchsucht)?
4. Welche Konzepte und Projekte existieren zur Prävention islamistischer Radikalisierung, und wie erfolgreich sind diese? Welche Maßnahmen sind bereits etabliert, und welche könnten in Zukunft ergänzt werden?
5. Wie werden Personen und Institutionen, die häufig Ziel islamistischer Bedrohungen sind, in Stuttgart geschützt, wie beispielsweise Personen jüdischen Glaubens, die dem offen artikulierten Antisemitismus von „Pro-Palästina“-Bewegungen in Verbindung mit dem politisch-islamischen und linksextremen Spektrum ausgesetzt sind? Wie gestaltet sich die aktuelle Gefährdungslage?

Begründung:

Die wachsende Ausbreitung des Politischen Islams stellt eine existenzielle Bedrohung für die zivilisatorischen Errungenschaften und Werte der freien, aufgeklärten Gesellschaften Europas dar. Sie entwickelt sich zunehmend zu einer Schicksalsfrage für Europa.

Nachdem Europa im zurückliegenden Jahrhundert von Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus heimgesucht wurde, droht nun der nächste Totalitarismus seine Entwicklung zu nehmen, der diesmal im Gewand einer Religion daherkommt und sich durch die Hintertür der Religionsfreiheit Zugang zu den freien Gesellschaften Europas verschafft.

Erklärtes Ziel des Politischen Islams ist es, die gesamte Menschheit dem Gesetz

Allahs zu unterwerfen. Zum Erreichen dieses Zieles legitimieren und gebieten der Koran und die Sunna auch explizit das Mittel der Gewalt und des Tötens. Anhänger des Politischen Islams nehmen diese 1400 Jahre alten Anordnungen wörtlich, übertragen sie auf die heutige Zeit und sind bereit, sie auch anzuwenden.

Kritikfähigkeit statt Verharmlosung

Ein großes gesellschaftliches Problem ist die Verharmlosung politisch-islamischer Strömungen, die oft als "unpolitisch" oder "gemeinwohlorientiert" dargestellt werden. Diese Narrative verhindern eine sachliche und notwendige Auseinandersetzung mit den Gefahren des Politischen Islam. Dabei möchten wir klarstellen, dass die überwältigende Mehrheit der in Stuttgart lebenden Menschen die Werte von Freiheit und Demokratie teilt. Es ist jedoch unabdingbar, konsequent gegen jene vorzugehen, die diese Werte offen bekämpfen.

„Palästinasolidarität“ und Antisemitismus

Als „Israelkritik“ verharmloster Antisemitismus und überbordende sog. „Palästinasolidarität“ - durch Organisationen wie beispielsweise "Palestinian Islamic Jihad" - sind wesentliche Elemente im Politischen Islam und müssen entschlossen bekämpft werden. Parolen wie „From the River to the Sea“ oder „Al-Quds-Demonstrationen“ zeigen, dass antijüdische Tötungsphantasien in politisch-islamischen Kreisen offen propagiert werden und regelmäßig auch in der Aufforderung zur Gewalt münden.

Transparenz und Öffentlichkeit

Ein weiteres Problem stellt die Vernetzung politisch-islamischer Gruppen dar, die zunehmend auch in scheinbar harmlosen Vereinen oder sogar politischen Parteien Fuß fassen. Daher ist es notwendig, die Aktivitäten solcher Gruppierungen zu analysieren und für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Dazu muss auch die kritische Auseinandersetzung mit einer oft einseitigen oder nachlässigen Berichterstattung der Massenmedien beitragen.

Gez.

Dr. Michael Mayer, Thomas Rosspacher, Steffen Degler, Dr. Siegfried Fachet, Niels Foitzik

Anlage/n

Keine